25. 7. 1916 127

Weitere Beschlüsse zum Schätzungsamtsgesetzentwurf.

Die Schätzungsamtsgesetzentwurf-Kommission des Abgeordneten-hauses hat am Mittwoch über einige weitere Punkte eine Einigung mit der Regierung erzielt. Zunächst wurde nach mehrstündiger Debatte die in § 4 neu aufgenommene, aber von der Regierung beanstandete Bestimmung, daß auch in dringenden Fällen die Schätzung statt von dem Schätzungsamt von einem Schätzer vorgenommen werden kann, wieder beseitigt. Diese Ausnahme gilt also nur noch für Schätzungen, deren Wert voraussichtlich 20 000 Mark nicht übersteigt. Ein Zentrumsantrag, die Ausnahmebestimmung auszudehnen auf Schätzungen, welche zum Zwecke der Beleihung eines noch nicht vollendeten Gebäudes angefertigt werden, wurde von den Regierungsvertretern heftig bekämpft und von der Mehrheit der Kommission abgelehnt. Die sonst an den Beschlüssen erster Lesung vorgenommenen Änderungen sind belanglos; der neugestaltete § 4, der nunmehr auch die Zustimmung der Regierung gefunden hat, lautet:

Mitglieder des Schätzungsamtes sind der Vorsteher und dessen Stellvertreter, sowie die Schätzer. Die Zahl der Schätzer soll mindestens 7 betragen. Im Bedarfsfalle können Mitglieder eines benachbarten Schätzungsamtes zugezogen werden.

Die Schätzungen werden von dem Vorsteher und mindestens zwei Schätzern aufgenommen.

Bei Schätzungen von Grundstücken, deren Wert voraussichtlich 20 000 Mark nicht übersteigt, kann die Schätzung von einem Schätzer aufgenommen werden. In diesem Falle bedarf die Schätzung einer Festsetzung durch den Vorsteher. Beanstandet dieser die Schätzung, so wird sie gemäß Abs. 2 aufgenommen.

Gegen die Schätzung steht dem, der sie beantragt hat, sowie stets dem Eigentümer des Grundstücks die Beschwerde zu. Diese ist innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung der Schätzungsurkunde zu erheben. Ueber die Beschwerde entscheidet, falls ihr das Schätzungsamt nicht ohne weiteres stattgibt, ein Beschwerdeauschuß des Schätzungsamtes, der aus fünf Mitgliedern besteht. Dem Beschwerdeauschuß darf nur ein Mitglied des Schätzungsamtes angehören, welches bei der angefochtenen Schätzung mitgewirkt hat.

In § 5, der die Bildung von Abteilungen bei den Schätzungsämtern vorseht, erhielt Absatz 3 folgende neue Fassung:

Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, daß innerhalb eines Landkreises (Oberamtsbezirks) für eine Gemeinde (Gutsbezirk), eine Bürgermeisterei oder ein Amt oder für Teile solcher Verbände sowie ferner für mehrere solcher Verbände oder für Teile von ihnen gemeinschaftlich örtliche Abteilungen gebildet werden. Die Vorschrift des § 1 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung. Ein Antrag eines beteiligten Verbandes auf Erlass der Anordnung kann nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses abgelehnt werden.

Im übrigen blieb § 5 unverändert, ebenso § 6, der den Kreis derjenigen Personen aufzählt, die nicht als Schätzer bestellt werden dürfen.

Zur Auseinandersetzung grundsätzlicher Art kam es wieder bei § 7, der in der Fassung der Regierungsvorlage gewerbsmäßige Grundstücks- und Hypothekenermittler sowie solche Personen, die gewerbsmäßig den Erwerb, die Veräußerung oder die Beleihung von Grundstücken betreiben, und endlich Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder von Terraingesellschaften von der Mitgliedschaft in einem Schätzungsamt ausgeschlossen wissen will. Die Kommission hat in erster Lesung unter gewissen Voraussetzungen auch solchen Personen die Möglichkeit der Mitgliedschaft eröffnet. Für die Regierung ist dieser Beschluß unannehmbar; ihr Vertreter erklärte wiederholt, sie sei bei Einbringung ihrer Vorlage davon ausgegangen, daß zuverlässige

Schätzungen nur zu erwarten sind, wenn alle die von den Schätzungen ferngehalten werden, die insolge ihres Berufs oder ihres Gewerbes daran interessiert sind. Durch den Kommissionsbeschluß aber werde die grundsätzliche Ausschließung solcher Personen von der Mitgliedschaft beseitigt, die Regierung könne sich zu ihrem Bedauern mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären. Um den Konfliktstoff zu beseitigen, beantragten die Konservativen im wesentlichen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, jedoch mit einem Zusatz, wonach die Aufsichtsbehörde Ausnahmen zulassen kann; dies soll insbesondere für Bauachverständige und Baugewerksreibende gelten, die sich nicht überwiegend mit dem Erwerb von Grundstücken zur eigenen Bebauung und ihrer Wiederveräußerung beschäftigen.

Nach ausgedehnter Debatte, in der sich u. a. auch ein fort-schrittlicher Abgeordneter gegen den konservativen Antrag aussprach wurde die Beratung auf Donnerstag vertagt.